Brief aus Berlin

Ausgabe 05|2014

Neues aus der Bundespolitik von Ihrer Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber

Haushaltswoche im Deutschen Bundestag

Historische Haushaltswende – Städtebauförderung als Chance für den ländlichen Raum

Liebe Leserinnen und Leser,

das Plenum der vergangenen Woche stand ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen. Der strukturell ausgeglichene Haushalt für 2014 und ein Haushalt ohne Neuverschuldung für 2015 stellen einen historischen Wendepunkt in der Haushaltspolitik dar. Die CSU, als die Partei der soliden Finanzen, hat dazu einen entscheidenden Beitrag geleistet. Im Bundestag wurden die sogenannten Einzelpläne aller Bundesministerien beraten. Am Donnerstagabend stand der Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Debatte. Dort durfte ich als einzige Abgeordnete der CSU reden. Das war inzwischen meine dritte Rede im Plenum des Deutschen Bundestages und langsam wird es zur Routine.
Neben der Internationalen Klimaschutzinitiative ist die Städtebauförderung der Schwerpunkt des Haushaltes. 2014 wird die Städtebauförderung des Bundes auf 700 Millionen Euro erhöht. Die Erhöhung der Mittel auf ein neues Rekordniveau begrüße ich ausdrücklich, denn das ist ein starkes Signal an die Städte und vor allem auch die Gemeinden in Deutschland. Auch im Hinblick auf die Nachnutzung von Konversionsliegenschaften ist die Städtebauförderung ein wichtiges Instrument. Der Abzug von mehreren Tausend Gastsoldaten stellt einen enormen Einschnitt für den Wohnungsmarkt, die Wirtschaft, das Handwerk und den Handel vor Ort dar. Wenn große Kasernenanlagen plötzlich leer stehen, stellt das die Kommunen auch vor riesige städtebauliche Herausforderungen, die die Städte und Gemeinden auch als Chance nutzen können. Dafür brauchen wir die Städtebauförderung.
Meine zweite Rede im Bundestag durfte ich in der aktuellen Stunde zu den Auswirkungen des Klimawandels und den politischen Konsequenzen halten. Unsere Botschaft dazu ist: Es ist zwei Minuten vor zwölf Uhr und wir Deutschen müssen weiterhin im Klimaschutz ehrgeizig voranschreiten. Wir alleine können das Klima aber nicht retten. Deshalb brauchen wir dazu auch die anderen Staaten der Welt, die wir beim Klimaschutz finanziell unterstützen.

Liebe Leserinnen und Leser,

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich von Herzen ein frohes und gesegnetes Osterfest und erholsame und schöne Feiertage!

Herzliche Grüße,

Ihre Anja Weisgerber

Dr. Anja Weisgerber MdB

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE

- EEG: „Wichtige Verbesserung bei Biogas erreicht“
- Länderöffnungsklausel für Windkraft kommt
- Forschungsstandort als Zugpferd in Unterfranken
- Girls’ Day: Schülerinnen begleiten Anja Weisgerber
- Unterwegs im Wahlkreis

EEG: „Wichtige Verbesserung bei Biogas erreicht“

Dr. Anja Weisgerber MdB bewertet den Kabinettsbeschluss zum EEG als Erfolg

Das Bundeskabinett hat den Regierungsentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG) beschlossen. Die Reform und die vereinbarten Eckpunkte zur Biogasverstromung bewertet die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber, Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Umwelt- und Baupolitik, als Erfolg für die Landwirtschaft: „Die Reform wird ein großer Schritt in die richtige Richtung.“

Dr. Anja Weisgerber betont: „Die Reform des EEG wird dazu beitragen, dass die Stromversorgung in Deutschland sicher, sauber und bezahlbar bleibt.“ Durch den relativ schnellen Zubau von erneuerbaren Energien ist die EEG-Umlage in den letzten Jahren stark gestiegen. Die an die Betreiber zu zahlenden EEG-Vergütungen für die Förderung sind so auf rund 24 Milliarden Euro jährlich angewachsen. Mit der Reform soll die Kostendynamik der letzten Jahre gestoppt werden und der Fokus auf die kostengünstigen erneuerbaren Energien gelegt werden.

Ein weiteres Ziel der EEG-Reform lautet: Die Marktintegration der erneuerbaren Energien soll weiter vorangetrieben werden. Schritt für Schritt sollen die Produzenten erneuerbarer Energien sich nun selber um die Vermarktung kümmern. Zudem sollen die derzeitigen Ausnahmeregelungen im EEG, die Befreiung stromintensiver Unternehmen betreffen, europarechtskonform weiterentwickelt werden. Dabei wird sichergestellt, dass stromintensive Industrien, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch wettbewerbsfähig bleiben und dass keine Arbeitsplätze gefährdet werden.

Gerade für Betreiber von Biogasanlagen konnte die CSU entscheidende Verbesserungen aushandeln: „Es ist wichtig, dass der Flexibilitätsbonus für bestehende Biogasanlagen erhalten bleibt und Anlagen, die durch Effizienzsteigerungen mehr

Strom erzeugen, auch in Zukunft nach altem Recht vergütet werden. Biogas ist als einzige erneuerbare Energie grundlastfähig und hat als verlässlich nachwachsender Energieträger zu Recht seinen Platz im Energiemix der Zukunft“, so die Abgeordnete. Die Anlagen haben den entscheidenden Vorteil, dass sie Strom genau dann produzieren können, wenn er gebraucht wird und können damit ganz flexibel Strom in das Netz einspeisen. Für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Systemstabilität – und damit für die Energiewende – leistet Biogas einen großen Beitrag.

Einigkeit bestehe, dass die Fördersätze für Biogas in Zukunft sinken müssen und sich Biogas mehr noch als bisher im Wettbewerb bewähren muss. „Damit das geschieht, müssen wir den Trend zur Flexibilisierung der Anlagen und zur Effizienzsteigerung weiter stützen. Auch das Vertrauen derer, die ihre Finanzierung auf die bisherigen Förderregelungen aufgebaut haben, dürfen wir nicht enttäuschen. Mit dem Erhalt des Luftreinhaltebonus ist es uns gelungen, den Bestandsschutz zu sichern, denn hier geht es um die Existenz von Landwirten“, betont Weisgerber.

„Gegenüber den ersten Entwürfen konnten CDU/CSU auch wichtige Verbesserungen bei der Eigenstromversorgung durchsetzen“, so die Abgeordnete weiter. Das gelte vor allem für die Frage, ob künftig auf Strom, der in eigenen Anlagen selbst erzeugt wird, die EEG-Umlage bezahlt werden muss. Anja Weisgerber: „Auf Strom zur Eigenversorgung aus neuen Anlagen der produzierenden Wirtschaft muss zwar ein ‚Solidarbeitrag‘ von 15 Prozent EEG-Umlage bezahlt werden. Insbesondere Investitionen in effiziente Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen dürften damit aber trotzdem rentabel bleiben.“ Noch im Januar wollte der Bundeswirtschaftsminister den Eigenstrom mit 70 bis 90 Prozent der EEG-Umlage belasten. CDU und CSU haben sich beim Thema Eigenversorgung von Anfang an dafür eingesetzt, dass Bestandsschutz gewahrt und Investitionen in effiziente Eigenversorgungsanlagen der Wirtschaft weiterhin möglich bleiben müssen.

Hintergrund zur EEG-Reform:

Die erneuerbaren Energien sollen kosteneffizient ausgebaut, bestehende Überförderungen abgebaut und die Vergütungen stufenweise gesenkt werden. Während die durchschnittliche Vergütung für erneuerbare Energien derzeit ca. 17 Cent/kWh beträgt, werden neue Anlagen 2015 im Schnitt nur ca. 12 Cent/kWh erhalten. Dazu soll der weitere Ausbau auf die kostengünstigen Technologien konzentriert werden. Hierzu sollen pro Technologie konkrete Mengenziele für den jährlichen Zubau, so genannte Ausbaukorridore, eingeführt werden.

Der Zubau von Biogasanlagen wird künftig auf 100 MW pro Jahr beschränkt. Entgegen früherer Vorschläge sollen Effizienzsteigerungen bei Bestandsanlagen unabhängig von dieser Obergrenze möglich sein. In vielen ländlich strukturierten Bundesländern ist die Produktion von Biogas zu einem relevanten Wirtschaftsfaktor geworden.

Zukünftig sollen auch Eigenstromerzeuger an der EEG-Umlage beteiligt werden. Die rechtlichen und finanziellen Bedingungen für die umweltfreundliche Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sollen aber so gestaltet werden, dass die Wirtschaftlichkeit dieser Anlagen nicht angetastet wird. Bei neuen Anlagen zur Eigenerzeugung im produzierenden Gewerbe ist ein reduzierter EEG-Umlagesatz von 15 Prozent vorgesehen.

Länderöffnungsklausel für Windkraft kommt

Bundeskabinett einigt sich auf Änderung des Baugesetzbuches

Am Dienstag vergangener Woche hat das Bundeskabinett entschieden, die sogenannte Länderöffnungsklausel für Windkraftanlagen im Baugesetzbuch festzuschreiben. „Wenn wir die Energiewende zum Erfolg führen wollen, brauchen wir die Akzeptanz der Bevölkerung. Die Technik hat sich so weiterentwickelt, dass die Windräder immer größer werden, sie sind teilweise bis zu 200 Meter hoch. Um die Akzeptanz der Bevölkerung zu erhöhen, sollen die Bundesländer nun die Möglichkeit bekommen, selbst zu entscheiden, ob und wie sie Mindestabstände von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung festlegen. Das ist ein Erfolg der CSU und wichtiges Signal an unsere Kommunen“, so Dr. Anja Weisgerber MdB und Obfrau der CDU/CSU-Fraktion für Umwelt- und Baupolitik.

Zeitgleich hat die Bayerische Staatsregierung in München beschlossen, möglichst bald von der vorgesehenen Befugnis Gebrauch zu machen und einen Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung festzulegen. Dieser soll grundsätzlich das Zehnfache der Gesamthöhe einer Windkraftanlage betragen. Wenn in den Gemeinden jedoch Konsens darüber besteht, vom Mindestabstand abzuweichen, können die betroffenen Kommunen durch kommunale Bebauungspläne geringere Abstände festlegen. „Damit wird die kommunale Planungshoheit gestärkt und über die Lage von Windkraftanlagen wird dort entschieden, wo die Menschen direkt davon betroffen sind“, so Dr. Anja Weisgerber abschließend.

Forschungsstandort als Zugpferd in Unterfranken

Arbeitsgemeinschaft Europa zieht in Abschlusssitzung Bilanz

Bei der 20. Sitzung der AG Europa zog die ehemalige Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber MdB Bilanz. „Die AG Europa war mir von Anfang an ein Herzensanliegen. Der Austausch mit Wirtschaft, Wissenschaft und Politik meiner Heimatregion zu europäischen Themen war stets ein entscheidender Bestandteil meiner Arbeit als Europaabgeordnete. Gemeinsam konnten wir einiges für unsere Heimatregion erreichen. Hierbei denke ich an den Förderleitfaden für Unterfranken, die Weinmarktpolitik oder das Positionspapier zum 8. EU-Forschungsrahmenprogramm“, so Weisgerber. Daher sei es nun wichtig, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass Barbara Becker, die CSU-Spitzenkandidatin für die Europawahl, als Nachfolgerin für Weisgerber ins Europaparlament einzieht. Becker hatte sich in der Sitzung kurz vorgestellt und in diesem Rahmen angekündigt, die AG Europa im Falle einer erfolgreichen Wahl fortzusetzen.

Die Forschungspolitik war eines der Schwerpunktthemen. In der Sitzung stellten die drei Hochschulen den Forschungsstandort Unterfranken vor und lobten die konstruktive Zusammenarbeit in der AG Europa. „Im Forschungsbereich sind insgesamt mehr als 55 Millionen Euro aus Europa nach Unterfranken geflossen. Das sollte im nächsten Forschungsrahmenprogramm so bleiben oder noch ausgebaut werden. Deshalb haben wir in der AG Europa gemeinsam mit den Hochschulen die Stärken des Forschungsstandortes herausgearbeitet und damit die Voraussetzung geschaffen, dass Unterfranken gute Chancen hat, auch im neuen Forschungsrahmenprogramm von Fördermitteln zu profitieren“, so Weisgerber weiter. Die frühzeitige Positionierung der Hochschulen wurde in der AG Europa koordiniert und erfolgreich auf bayerischer, deutscher und europäischer Ebene eingespeist.

Prof. Grebner, Präsident der Hochschule Würzburg-Schweinfurt, stellte in der Sitzung das Konzept des „I-Campus“ – einer Internationalisierungsinitiative der Hochschule – vor. „Die Vernetzung von deutschen und ausländischen Studierenden sehen wir als große Chance für die Hochschule und die gesamte Region. Damit wollen wir der Herausforderung des Fachkräftemangels und des demographischen Wandels begegnen und die Internationalisierung fördern, was auch eine Chance für die deutschsprachigen Studierenden ist. Es freut mich, dass die Politik das Vorhaben auf allen Ebenen unterstützt“, so Prof. Grebner. Bereits im Oktober sollen die ersten

100 Studierenden ihr Studium am I-Campus am Standort Schweinfurt aufnehmen. Weisgerber betonte, diesen Prozess politisch zu begleiten und steht bezüglich Fördermöglichkeiten des Bundes für den I-Campus bereits in intensivem Kontakt. Zudem kündigte sie den Besuch von Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, im Mai in Schweinfurt an, bei dem weitere Fördermöglichkeiten durch den Bund diskutiert werden sollen.

Junge Frauen ermutigen, sich zu engagieren

Girls' Day: Schülerinnen aus dem Wahlkreis begleiten Abgeordnete

Einen Tag hinter die Kulissen der Politik blicken – die Bundestagsabgeordnete Dr. Anja Weisgerber machte es möglich. Drei junge Mädchen aus dem Wahlkreis Schweinfurt-Kitzingen hatten die Möglichkeit, den Alltag der CSU-Abgeordneten mitzuerleben. In diesem Jahr fand der Girls' Day in einer Wahlkreiswoche statt. Somit konnten die drei Schülerinnen Weisgerber bei ihrer Arbeit im Schweinfurter Büro und Terminen in der Heimatregion begleiten. „Der Girls' Day ist eine hervorragende Aktion, um unsere Gesellschaft für die Fähigkeiten junger Frauen zu sensibilisieren. Außerdem ermutigen wir damit junge Frauen, sich selbstbewusst und engagiert zu präsentieren", erklärt Weisgerber.

Höhepunkt des Tages: Die drei Schülerinnen durften zusammen mit Weisgerber an der Wahl der Fränkischen Weinkönigin teilnehmen. Auf dem Weg zurück ins Wahlkreisbüro zogen die Mädchen Bilanz. Ein erlebnisreicher, aber auch stressiger Tag lag hinter ihnen. Mit vielen neuen Eindrücken gingen sie nach Hause. Für die Bundestagsabgeordnete war der Tag noch lange nicht zu Ende: Denn am Abend stand noch ein Appell bei der Bundeswehr in Volkach auf dem Terminplan.

Constanze Ach, Virginia Hild und Stefanie Korel (von links) begleiteten Dr. Anja Weisgerber einen Tag bei ihrer Arbeit im Wahlkreis.

EU-Schulprojekttag in Schweinfurt

Dr. Anja Weisgerber informierte am bundesweiten EU-Projekttag der Schulen in der Aula der Ludwig-Erhard-Berufsschule Schweinfurt 130 Berufsschüler über die Arbeit der Europäischen Union und die aktuellen Herausforderungen der EU. Am EU-Projekttag diskutieren Jugendliche mit Politikern über aktuelle Themen Europas. In diesem Jahr steht die Wahl des Europaparlaments im Mittelpunkt.

Wahl der Fränkischen Weinkönigin

Christin Ungemach ist die neue Fränkische Weinkönigin. Sie wurde von einer 130-köpfigen Jury aus Vertretern von Politik, Kultur und Medien gekürt – darunter Dr. Anja Weisgerber. Nach der Wahl überbrachte die Abgeordnete persönlich ihre Glückwünsche an die 59. Fränkische Weinkönigin. Die 22-jährige aus Nordheim am Main übernimmt die Krone von Marion Wunderlich.

Wahlkreisbüro
Schweinfurt-Kitzingen
Karl-Götz-Straße 17, 97421 Schweinfurt

Tel.: 09723 934370, Fax: 09723 934385
E-Mail: anja@weisgerber.com

Bundestagsbüro
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227 79344, Fax: 030 227 76343
E-Mail: anja.weisgerber@bundestag.de

www.anja-weisgerber.de

Bildnachweis: Titel DBT / Arndt Oehmichen (Kuppel); DBT / H.J. Müller (Portrait); S. 1 Sven Ullrich (Rede); photocase.com / suze (Osterglocken); S. 2 Fotolia / Thaut Images (Erneuerbare Energie); S. 3 Büro MdB Weisgerber (AG Europa); S. 4 Büro MdB Weisgerber (alle Fotos)